

## **TI\_GERICHTE 38.2005.35 vom 10. März 2005**

TI Tribunale d'appello, 2005-03-10, IT

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ti\\_gerichte\\_38.2005.35\\_d20050310](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ti_gerichte_38.2005.35_d20050310)

FR: TI\_GERICHTE 38.2005.35 du 10 mars 2005

IT: TI\_GERICHTE 38.2005.35 del 10 marzo 2005

### **Regeste**

Non si può per principio negare il diritto alle ID all'assicurata che, per ovviare alla disoccupazione, comunica all'URC che vuole effettuare un corso e uno stage per ottenere la parificazione dei suoi titoli di studio esteri. In casu protetta la buona fede viste le informazioni date dall'URC.

### **Erwägungen**

#### **E. 24**

Abs. 3 AVIG) ein fiktives Einkommen anzurechnen wäre." (cfr. DLA 1998 N. 49, pag. 288-289) Chiamata a pronunciarsi se nel caso di un'assicurata (rimasta disoccupata il 30 novembre 2001 che il 15 maggio 2002 ha iniziato un "Praktikum im Hinblick auf eine allfällige Ausbildung zur sozio-kulturellen Animatorin") il salario di praticante andava trattato alla stregua di un guadagno intermedio, la nostra Massima Istanza, in una decisione del 4 agosto 2003 nella causa L. (C 21/03), si è confermata nella propria giurisprudenza e, tra l'altro, ha sviluppato le seguenti considerazioni: " (...) 3.1 Nach den Akten steht fest und ist unbestritten, dass es sich bei der fraglichen Tätigkeit der Beschwerdegegnerin um ein Praktikum handelt. Dieses mag zwar nicht bereits integrierenden Bestandteil der Ausbildung zum Beruf der sozio-kulturellen Animatorin gebildet, sondern in erster Linie der Eignungsabklärung gedient und der Beschwerdegegnerin ein genaueres Bild dieser Tätigkeit vermittelt haben. Indessen besteht kein Zweifel daran, dass das Praktikum - wenn nicht bereits selbst der Grundausbildung dienend - jedenfalls im Hinblick auf eine solche angetreten wurde. Dies räumt die Versicherte in der kantonalen Beschwerde selber ein. Dabei mag durchaus auch das Bestreben mitgespielt haben, die bestehende Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Diese Motivation stand indes nicht im Vordergrund. Vielmehr trachtete die Beschwerdegegnerin nach einer beruflichen Neuausrichtung. Dies ergibt sich daraus, dass die Arbeit als sozio-kulturelle Animatorin völlig ausserhalb der bisherigen Tätigkeitsbereiche der Versicherten (Verkäuferin in der Textilbranche, Gastgewerbe) lag und der Praktikumslohn deutlich niedriger war als der Verdienst, der sich in einer der bisherigen Tätigkeiten hätte erzielen lassen. Die Beschwerdegegnerin nahm somit bewusst eine erhebliche finanzielle Einbusse in Kauf. Sie hätte keine derartige Ausbildung ins Auge gefasst, wenn sie in erster Linie die Arbeitslosigkeit hätte beenden wollen. 3.2 Ging es jedoch vorab um den Antritt einer neuen Grundausbildung, kann die Versicherte nach ARV 1998 Nr. 49 S. 287 f Erw. 1 und 3a keinen Zwischenverdienst abrechnen. Der Auffassung der Vorinstanz, wonach selbst bei Ausübung eines Praktikums eine Zwischenverdienstanzrechnung zu erfolgen habe, kann nicht beigespflichtet werden. Vielmehr ist daran festzuhalten, dass für eine solche Anrechnung dort kein Raum bleibt, wo die betreffende Tätigkeit in erster Linie zu Ausbildungszwecken ergriffen wurde. Daran vermag auch der Hinweis des kantonalen Gerichts auf BGE 122 V 265 nichts zu ändern.

Arbeitslose, die einen nicht bewilligten Kurs besuchen, befinden sich in einer andern Situation als Personen, welche eine neue Grundausbildung anfangen. Diese Kurse sind in der Regel zeitlich beschränkt und stellen keine vollständige, neue Grundausbildung dar. Zudem dienen sie oft der Vervollständigung bereits vorhandener Kenntnisse. (...)" (cfr. STFA del 4 agosto 2003 nella causa L., C 21/03) In un'altra sentenza del 14 giugno 2004 nella causa S. (C 297/03) il TFA ha confermato la decisione di una cassa disoccupazione che, considerato un salario pari a fr. 3'510.--corrispondente all'aliquota usuale per la professione ed il luogo, ha rifiutato ad un assicurato (di formazione meccanico per automobile e di professione impiegato di commercio) il diritto alle indennità di disoccupazione durante la sua attività di praticante presso un ospedale. Anche in questo caso l'Alta Corte si è confermata nella propria giurisprudenza e, in particolare, ha sviluppato le seguenti considerazioni: " (...) Zu ergänzen ist, dass nach der Rechtsprechung für die Annahme eines Zwischenverdienstes jedoch kein Raum bleibt, wenn die in Frage stehende Tätigkeit nicht zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit, sondern in erster Linie zu Ausbildungszwecken, mithin zum Erwerb von Kenntnissen, aufgenommen wurde (ARV 1998 Nr. 49 S. 287 f. mit Hinweisen; Gerhards, Arbeitslosenversicherung: "Stempelferien", Zwischenverdienst und Kurzarbeitsentschädigung für öffentliche Betriebe und Verwaltungen - Drei Streitfragen, SZS 1994 S. 350 lit. h mit Hinweisen; Urteil L. vom 4. August 2003, C 21/03). 3. 3.1 Der Beschwerdegegner gab bei seiner Bewerbung beim Spital X. \_\_\_\_\_ vom 16. Dezember 2002 an, dass er auf Grund seiner beruflichen Neuorientierung und gemäss Abklärungen durch die Berufsberatung sowie den Laufbahnberater die Ausbildung als Krankenpfleger DN2 im Frühjahr 2003 beginnen möchte. Von der Leiterin Hilfspflegepersonal des Spitals X. \_\_\_\_\_ wurde ausgeführt, der Beschwerdegegner benötige auf Grund seiner Bewerbung als Krankenpfleger ein Vorpraktikum. Dieses betrage meistens drei Monate und diene der Eignungsabklärung für einen Pflegeberuf. 3.2 Nach den Akten steht damit fest und ist unbestritten, dass es sich bei der fraglichen Tätigkeit des Beschwerdegegners um ein Praktikum handelt. Dieses mag zwar nicht bereits integrierenden Bestandteil der Ausbildung zu einem Pflegeberuf gebildet, sondern in erster Linie der Eignungsabklärung gedient und dem Versicherten ein genaueres Bild dieser Tätigkeit vermittelt haben. Indessen besteht kein Zweifel daran, dass das Praktikum - wenn nicht bereits selbst der Grundausbildung dienend - jedenfalls im Hinblick auf eine solche angetreten wurde. Dabei mag durchaus auch das Bestreben mitgespielt haben, die bestehende Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Diese Motivation stand indes nicht im Vordergrund. Vielmehr trachtete der Versicherte nach einer beruflichen Neuausrichtung. Dies ergibt sich auch daraus, dass ein Pflegeberuf völlig ausserhalb der bisherigen Tätigkeitsbereiche des Beschwerdegegners (Automechaniker, Kaufmann) lag und der Praktikumslohn deutlich niedriger war als der Verdienst, der sich in einer der bisherigen Tätigkeiten hätte erzielen lassen. Der Versicherte nahm somit bewusst eine erhebliche finanzielle Einbusse in Kauf. Er hätte keine derartige Ausbildung ins Auge gefasst, wenn er in erster Linie die Arbeitslosigkeit hätte beenden wollen. Ging es jedoch vorab um den Antritt einer neuen Grundausbildung, kann der Beschwerdegegner nach ARV 1998 Nr. 49 S. 287 f Erw. 1 und 3a keinen Zwischenverdienst abrechnen. Der Auffassung der Vorinstanz, wonach selbst bei Ausübung eines Praktikums eine Zwischenverdienstanzrechnung zu erfolgen habe, kann deshalb nicht beigespflichtet werden, abgesehen davon, dass das kantonale Gericht ohnehin den Praktikumslohn nicht als ortsüblichen Lohn hätte betrachten dürfen. Vielmehr ist daran festzuhalten, dass für eine solche Anrechnung dort kein Raum bleibt, wo die betreffende Tätigkeit in erster Linie zu

Ausbildungszwecken ergriffen wurde (vgl. Urteil L. vom 4. August 2003, C 21/03). (...) (cfr. STFA del 14 giugno 2004 nella causa S., C 297/03) In un'ulteriore, recente, sentenza del 27 luglio 2005 nella causa F., C 308/02, riguardante un assicurato che, dopo aver perso il proprio impiego presso una ditta di costruzione di macchinari, ha intrapreso uno stage lavorativo nel reparto di ergoterapia di una clinica, l'Alta Corte ha lasciato aperta la questione a sapere se quest'ultima attività aveva quale obiettivo primario quello di ovviare alla situazione di disoccupato oppure se si era trattato di un perfezionamento professionale: " (...) Nach ständiger Rechtsprechung bleibt für die Annahme eines Zwischenverdienstes im Sinne von Art. 24 AVIG kein Raum, wenn die zur Diskussion stehende Tätigkeit nicht zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit, sondern in erster Linie zu Ausbildungszwecken, mithin zum Erwerb beruflicher Kenntnisse und Fertigkeiten aufgenommen wird. Letztes liegt in der Regel vor, wenn die versicherte Person nach Abschluss einer Grundausbildung ein Praktikum absolviert. In diesen Fällen betrachtet das Eidgenössische Versicherungsgericht die aufgenommene Tätigkeit als zur Grundausbildung gehörig, wofür der enge sachliche und zeitliche Zusammenhang mit dem abgeschlossenen Studium sowie die geringe Entlohnung sprechen (ARV 1998 Nr. 7 S. 36, 1997 Nr. 35 S. 195; Urteile Z. vom 16. Januar 2004 [C 193/03] und Z. vom 25. Januar 2000 [C 203/99]; nicht veröffentlichte Urteile S. vom 26. Mai 1998 [C 320/96], S. vom 5. September 1996 [C 158/96] und F. vom 1. Juni 1994 [C 83/93]). Auch in Fällen, wo die versicherte Person einschlägige Berufserfahrung mitbringt, jedoch ein gering entlohntes Praktikum in einem völlig andersgearteten Berufsbereich beginnt, sei es mit dem Ziel, später eine entsprechende Grundausbildung zu absolvieren, sei es zur Abklärung der Eignung einer entsprechenden Arbeit, steht in der Regel der Erwerb von Kenntnissen und Fertigkeiten im Vordergrund (ARV 1998 Nr. 49 S. 286; Urteile S. vom 14. Juni 2004 [C 297/03], L. vom 4. August 2003 [C 21/03] und B. vom 9. Juni 2000 [C 385/99]; nicht veröffentlichte Urteile S. vom 11. März 1999 [C 412/98] und S. vom 4. April 1995 [C 191/94]). 3.1 Es steht fest und ist im Übrigen unbestritten, dass der Beschwerdeführer sich während der Kündigungsfrist bis am 31. Mai 2002 u.a. als Leiter und Betreuer in einer geschützten Werkstätte beworben hat. Seinen eigenen Angaben zufolge befürchtete er, im gelernten Beruf als Maschinenkonstrukteur und als Projektleiter im Maschinenbaugewerbe angesichts seines Alters keine Neuanstellung mehr zu finden, weshalb er sein Tätigkeitsfeld zu erweitern suchte. Am 24. Mai 2002 schloss er einen Vertrag mit der Klinik B. \_\_\_\_\_ ab, gemäss welchem er ein Arbeitspraktikum in der Abteilung Ergotherapie zu absolvieren beabsichtigte, das vom 10. Juni 2002 bis 30. November 2002 dauern sollte, bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 42 Stunden und einem monatlichen Verdienst von Fr. 1000.-. Der Beschwerdeführer trat die Stelle am 10. Juni 2002 an und löste den Vertrag am 6. August 2002 mit sofortiger Wirkung auf. 3.2 Aus diesen Umständen zog das kantonale Gericht den Schluss, dass die Beschäftigung bei der Klinik B. \_\_\_\_\_ nicht als Zwischenverdiensttätigkeit, sondern als Weiterbildung zu werten sei. Das Vorbringen des Beschwerdeführers, er habe die Arbeitslosenkasse finanziell entlasten wollen, sei nicht glaubhaft, zumal er eine mögliche Anstellung mit einem Einkommen von Fr. 4000.- monatlich mit der Begründung abgelehnt habe, dieser Verdienst sei zu tief. Wäre es ihm tatsächlich um die Beendigung der Arbeitslosigkeit gegangen, hätte er diese Stelle angenommen und bei der Arbeitslosenkasse Kompensationszahlungen beantragt. Es fehle mithin an der Anspruchsvoraussetzung der Arbeitslosigkeit im Sinne von Art. 8 Abs. 1 lit. a AVIG im Zeitraum vom 10. Juni bis 6. August 2002. Vom 1. bis 9. Juni 2002 sei die Vermittlungsfähigkeit zu verneinen, da für eine derart kurze Zeitspanne auf dem

allgemeinen Arbeitsmarkt keine Anstellung gefunden werden könne. Ein Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung sei daher ab 1. Juni bis 6. August 2002 zu verneinen. 3.3 Der Beschwerdeführer bringt im Wesentlichen vor, er habe das Arbeitsverhältnis mit der Klinik B. \_\_\_\_\_ jederzeit auflösen können. Während der Arbeitszeit habe er Bewerbungen geschrieben, Gespräche mit potentiellen Arbeitgebern geführt und sich persönlich vorgestellt. 3.4 Dem vorinstanzlichen Ergebnis ist insoweit beizupflichten, als es sich bei der Tätigkeit in der Klinik B. \_\_\_\_\_ um einen völlig andersgearteten Berufsbereich handelt, auch wenn berücksichtigt wird, dass der Beschwerdeführer seine technischen Fertigkeiten und die als Projektleiter erworbene Sozialkompetenz einbringen konnte, wie er in der Stellungnahme an das AWA vom 22. August 2002 geltend machte. Zudem sprechen die tiefe Entlohnung und der Umstand, dass der Versicherte nach Abschluss des Praktikums nicht mit einem Verdienst in der Höhe des bisher erzielten Erwerbseinkommens rechnen konnte, eher gegen die Absicht, Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Auf der anderen Seite liegen Anhaltspunkte vor, die den Willen zur Schadenminderung belegen. So war eine an das Praktikum anschliessende Ausbildung unstreitig weder beabsichtigt noch notwendig. Weiter hat der Beschwerdeführer mündlich vereinbart, dass er, sollte er eine andere Anstellung finden, das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung einer Frist werde auflösen können (vgl. Schreiben der Klinik B. \_\_\_\_\_ vom 16. August 2002). Nachdem er vom Schreiben des AWA vom 5. August 2002, in welchem die Ablehnung des geltend gemachten Anspruchs auf Arbeitslosenentschädigung in Aussicht gestellt wurde, Kenntnis erhalten hatte, kündigte er das Praktikum am 6. August 2002. Es ist anzunehmen, dass der Beschwerdeführer von einer Kündigung abgesehen hätte, wenn er vor allem ein Ausbildungsziel verfolgen wollte. In Anbetracht dieser Umstände ist fraglich, ob nicht eher dem Erwerbscharakter des Praktikumsbesuchs der Vorrang gegenüber dem Ausbildungsziel einzuräumen ist. Von einer abschliessenden Beurteilung kann indessen abgesehen werden, wie sich aus dem Folgenden ergibt." (STFA succitata, consid. 2 e 3). 2.5. Nella Circolare relativa alle indennità di disoccupazione (ID) (nella versione in francese del gennaio 2003: Circulaire IC, Janvier 2003), il Segretariato di Stato dell'economia (SECO), quale autorità di sorveglianza che deve adoperarsi per garantire un'applicazione uniforme del diritto ed impartire le istruzioni generali (cfr. art. 110 LADI; STFA dell'8 aprile 2004 nella causa H., C 340/00, consid. 4; STFA del 10 marzo 2003 nella causa C. C 176/00, consid. 3; STFA dell'8 agosto 2001 nella causa K., C 260/99, consid. 6b e DTF 127 V 57, consid. 3a pag. 61), in merito alle tematiche relative alla nozione di guadagno intermedio e al diritto alle indennità compensatorie ha, tra l'altro, rilevato che: " (...) C95 La caisse examine si le salaire est conforme aux usages professionnels et locaux en se fondant sur les prescriptions légales, la statistique des salaires, l'échelle des salaires usuels de l'entreprise ou de la branche, les contrats types ou les conventions collectives de travail. Elle peut le cas échéant se procurer les directives émises par les associations professionnelles. Un salaire conforme aux usages professionnels et locaux est pris en compte dès le début du gain intermédiaire, même si aucun revenu n'a été réalisé pendant les premiers mois. Lorsque la rétribution à la commission ne correspond pas aux prestations de travail, on ne peut parler d'un salaire conforme aux usages professionnels et locaux. Il arrive parfois qu'un assuré voulant remplir son obligation de diminuer le dommage accepte une activité tout à fait normale mais dont la rémunération ne correspond pas aux usages professionnels et locaux parce que cet emploi est dénommé "stage". L'autorité compétente versera l'indemnité compensatoire pendant ce soi-disant "stage" que sur la différence entre le salaire conforme aux usages professionnels et locaux et le gain assuré. Si elle doit recalculer le gain assuré dans un nouveau délai-cadre,

elle tiendra compte en revanche du salaire effectivement versé. (...)" (cfr. Circulaire IC, Janvier 2003, ch. marg. C95) 2.6. Dagli atti di causa risulta che il 28 gennaio 2004 l'assicurata, di formazione "infermiera professionale" (diploma straniero non riconosciuto; cfr. doc. 13), si è iscritta al collocamento alla ricerca di un'attività quale infermiera diplomata in cure generali, infermiera-assistente in geriatria e assistente di cura, rivendicando da quella data il diritto alle indennità di disoccupazione (cfr. doc. 1 e 2). L'ultimo contratto di lavoro a tempo determinato sottoscritto con la \_\_\_\_\_ si è infatti concluso il 31 dicembre 2003 (cfr. doc. 3, 13/E e 13/F). Nel proprio ricorso l'assicurata ha, in particolare, sostenuto che: "(...) Sono infermiera professionale con diplomi conseguiti in \_\_\_\_\_: da circa 20 anni ho potuto lavorare in Ticino come infermiera. Ultimamente è sempre richiesta la parificazione Croce Rossa Svizzera (CRS) dei diplomi esteri. Con l'apertura delle frontiere, ultimamente trovo molte difficoltà per trovare lavoro. Oltre al diploma d'infermiera ho altri due diplomi, nell'ordine di Caposala e specializzazione in anestesia e rianimazione. Nonostante quanto sopra non mi prendono più a lavorare. Viene sempre cercata questa parifica CRS. Allora, con molta difficoltà alla mia età, ho preso la decisione di effettuare il periodo di stage richiesto dalla CRS, con il permesso dell'Ufficio di Collocamento. Questo avviene nel periodo di agosto-settembre 2004. (...)" (cfr. doc. I) Le dichiarazioni dell'assicurata trovano riscontro nell'incarto dell'URC, sia nella corrispondenza concernente il riconoscimento dei propri diplomi conseguiti all'estero che nella documentazione riguardo alla "Richiesta di corsi individuali di riqualificazione e di perfezionamento" (cfr. doc. XII/Bis i fascicoli da 1 a 7). In particolare, nella decisione su opposizione del 4 febbraio 2005 (decisione su opposizione con la quale l'amministrazione ha accolto l'opposizione interposta dall'assicurata e annullato la decisione del 7 dicembre 2004 con la quale ha respinto la domanda concernente la frequenza del Corso di adattamento per infermieri con diploma estero), l'URC ha, tra l'altro, osservato che: "(...) In data 23 dicembre 2004 l'assicurata ha sottoscritto un contratto di stage con la \_\_\_\_\_ di \_\_\_\_\_ per il periodo dal 1 gennaio al 30 giugno 2005. La frequentazione dello stage completa i requisiti posti dalla scuola cantonale in cure infermieristiche per poter ottenere la parificazione del diploma di infermiera CRS. Visto quanto precede si ritiene che il corso possa contribuire a migliorare l'idoneità al collocamento dell'assicurata. (...)" (cfr. doc. XII/Bis, fascicolo 6) Inoltre, con decisione del 7 febbraio 2005, che annulla e sostituisce quella negativa del 7 dicembre 2004, l'URC ha accolto la domanda con la quale l'assicurata ha chiesto di seguire il "Corso di adattamento per infermieri con diploma estero" (cfr. doc. XII/Bis, fascicolo 7). Al riguardo, la collocatrice dell'assicurata ha, tra l'altro, affermato che: "(...) L'URC di \_\_\_\_\_ ha approvato la frequentazione del corso di adattamento per infermieri con diploma estero onde consentire all'assicurata di avere una chance di inserimento come infermiera qualificata, considerato che nella professione esistono concrete possibilità occupazionali e per il reclutamento del personale le strutture si rivolgono spesso a personale straniero. (...)" (cfr. doc. XII) Da quanto appena esposto questo Tribunale deve innanzitutto concludere che l'assicurata ha intrapreso lo stage presso la \_\_\_\_\_ (indispensabile per poter ottenere il riconoscimento del suo titolo professionale che richiede una formazione pratica e teorica; cfr. doc. XII/Bis. Fascicolo 2) principalmente per ovviare alla sua situazione di disoccupata. Ora, alla luce della giurisprudenza federale citata (cfr. consid. 2.4), in tale circostanza il diritto all'indennità di disoccupazione non può essere per principio negato. La questione a sapere se, come sostenuto dal SECO, ai fini dell'applicazione dell'art. 24 LADI, "(...) in caso di stage occorre prendere in considerazione il salario usuale per il luogo e la

professione espletata (...)." (cfr. doc. 33), può rimanere irrisolta, alla luce di quanto verrà esposto nel prossimo considerando. 2.7. Il diritto alla protezione della buona fede di cui all'art. 9 Cost. fed. - che permette al cittadino di esigere che l'autorità rispetti le proprie promesse e che essa eviti di contraddirsi - è garantito e impone all'autorità di discostarsi dal principio della legalità, allorché essa, intervenendo in una situazione concreta nei confronti di persone determinate, era competente a rilasciarle, il cittadino non poteva riconoscerne l'inesattezza e, sempre che l'ordinamento legale non sia mutato nel frattempo, fidente nelle informazioni ricevute egli abbia preso delle disposizioni non reversibili senza pregiudizio (cfr. STFA del

## **E. 28**

aprile 2005 nella causa L. (C91/05) il TFA ha confermato il rifiuto ad un assicurato del diritto alle indennità di disoccupazione dal 20 al 24 settembre 2004 in quanto egli non aveva ancora maturato il diritto a giorni senza controllo. In quell'occasione la nostra Massima Istanza ha, tra l'altro, sviluppato le seguenti considerazioni: " (...) 2.3 2.3.1 Es ist denkbar, dass im Zuge der Kommunikation zwischen Versichertem und Amtsstelle ein Missverständnis eingetreten ist und in diesem Sinne beide Sachverhaltsdarstellungen aus je subjektiver Sicht der Beteiligten zutreffen. Zur Begründung eines rechtserheblichen Vertrauenstatbestands ist aber erforderlich, dass auch objektiv - oder zumindest aus Sicht einer aufmerksamen und sorgfältig handelnden Person - eine unzutreffende Auskunft gegeben wurde. Dem Beschwerdeführer mag geglaubt werden, dass er sich gegenüber der Betreuerin über seine Urlaubsabsichten geäußert hat und im Folgenden davon ausgegangen ist, seinem Vorhaben stehe amtlicherseits nun nichts mehr im Wege. Dass eine solche Auskunft der Mitarbeiterin des RAV bei hinreichender Aufmerksamkeit und Sorgfalt des Adressaten aber geeignet war, als verbindliche Aussage zu einem konkret bestehenden Anspruch auf Stempelferien aufgefasst zu werden, ist unwahrscheinlich. Vielmehr ist mit Blick auf die spezifischen Aufgaben des RAV anzunehmen, dass sich die Beraterin - wenn überhaupt - nur in allgemeiner Weise über die geltende Regelung zum Bestand von kontrollfreien Tagen geäußert hat. Ohne sich konkret daran erinnern zu können, gab die betreffende Amtsperson gegenüber der Vorinstanz an, bei solchen Anfragen pflege sie auf die in den Abrechnungen der Arbeitslosenkasse enthaltenen Angaben zu verweisen (Schreiben vom 24. Januar 2005). Wie das kantonale Gericht zutreffend festgehalten hat, konnte sich dieser Hinweis einmal nur auf eine Abrechnung beziehen, welche die im August 2004 ablaufende alte Rahmenfrist betraf. Unabhängig davon erscheint als ausschlaggebend, dass darin keine definitive Zusicherung über die Zulässigkeit des Bezugs kontrollfreier Tage erblickt werden konnte. Art. 27 Abs. 1 und 2 ATSG und Art. 19a AVIV führen zu keinem anderen Schluss. Danach klären die Träger und Durchführungsorgane der Sozialversicherung die interessierten Personen im Rahmen des jeweiligen Zuständigkeitsbereichs über ihre Rechte und Pflichten auf. Die Beratungspflicht trifft die Versicherungsträger, denen gegenüber die Rechte geltend zu machen oder die Pflichten zu erfüllen sind. Entsprechendes gilt im Verhältnis zwischen den verschiedenen Organen eines Trägers. Die Zuständigkeit der Beraterin beim RAV, das heisst im Wesentlichen die Stellenvermittlung, umfasst nicht auch die Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen, welche der Arbeitslosenkasse obliegt. Der Beschwerdeführer kennt die grundsätzliche Aufgabenteilung zwischen dem RAV einerseits und der Kasse andererseits aus der bisherigen kontrollierten Arbeitslosigkeit. Unter Anwendung der gebührenden Aufmerksamkeit und Sorgfalt durfte er sich daher bei seinem Verhalten im hier interessierenden Zeitraum, soweit dieses für die Erfüllung der Kontrollvorschriften und für die Vermittlungsfähigkeit von

Belang ist, nicht ausschliesslich nach einem - zudem unverbindlichen - Hinweis der Stellenvermittlerin des RAV richten. 2.3.2 Offen bleiben kann, ob dies auch dann gälte, wenn eine objektiv als verbindlich zu verstehende Äusserung erstellt wäre. Angesichts der Aktenlage und der gegensätzlichen Aussagen der direkt Beteiligten ist nicht ersichtlich, inwiefern weitere Beweiserhebungen zuverlässig Aufschluss über die tatsächlichen Verhältnisse erteilen könnten. Es liegen auch keine besonderen Umstände vor, die eine Umkehr der Beweislast rechtfertigen (vgl. Erw. 2.2 in fine). Damit ist hinsichtlich der behaupteten falschen Auskunft ein Zustand der Beweislosigkeit gegeben, der sich zu Lasten des (aus dem unbewiesenen Sachverhalt für sich Rechte ableitenden) Beschwerdeführers auswirken muss. Der angefochtene Entscheid besteht demnach zu Recht." (cfr. STFA del 28 aprile 2005 nella causa L., C 91/05) Chiamata a pronunciarsi nel caso di un assicurato che è stato impiegato, dal mese di giugno 1987 al mese di maggio 2002, come "Mascinenkonstrukteur" presso una ditta quale "gelernter Maschinenkonstrukteur" e che, il 10 giugno 2002, ha iniziato una pratica professionale nel reparto "Berufsorientierte Ergotherapie" di una clinica, l'Alta Corte, nella già citata sentenza del 27 luglio 2005, ha, tra l'altro, sviluppato le seguenti considerazioni: " (...) 4. Der Beschwerdeführer macht wie schon im vorinstanzlichen Verfahren weiter geltend, das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) habe es unterlassen, ihn aufzuklären, dass bei einer Praxistätigkeit möglicherweise keine Kompensationszahlungen ausgerichtet würden und ein Praktikum im Voraus von der Arbeitslosenversicherung genehmigt werden müsse. 4.1 Das kantonale Gericht hat die Voraussetzungen, unter welchen falsche Auskünfte von Verwaltungsbehörden eine vom materiellen Recht abweichende Behandlung des Rechtssuchenden gestützt auf den Grundsatz von Treu und Glauben gebieten, zutreffend dargelegt (vgl. auch BGE 127 I 36 Erw. 3a, 126 II 387 Erw. 3a; RKUV 2000 Nr. KV 126 S. 223; zu Art. Abs. 1 aBV ergangene, weiterhin geltend Rechtsprechung: BGE 121 V 66 Erw. 2a mit Hinweisen). Darauf wird verwiesen. 4.2 Der Beschwerdeführer meldete sich am 30. April 2002 ab 1. Juni 2002 zur Arbeitsvermittlung bei seiner Wohngemeinde an. Gemäss Stellungnahme an das AWA vom 22. August 2002 hat er sich im Mai 2002 im Zusammenhang mit einer allfälligen Praxistätigkeit mit einer Mitarbeiterin des RAV in Verbindung gesetzt und die Auskunft erhalten, ein Praktikum könne als Zwischenverdienst gelten. Am 18. Mai 2002 besprach er sich mit dem Berufsberater des RAV. Laut dessen Stellungnahme vom 5. September 2002 wurde vereinbart, dass der Beschwerdeführer sich bei der Klinik B. \_\_\_\_\_ für ein Praktikum bewerben werde. Sollte dies nicht gelingen, werde er sich wieder mit dem Berufsberater in Verbindung setzen, damit weitere Möglichkeiten ausgearbeitet werden könnten. Mit dem Formular "Angaben der versicherten Person für den Monat Juni 2002" vom 10. Juni 2002 stellte der Beschwerdeführer der Arbeitslosenkasse den Arbeitsvertrag vom 24. Mai 2002 zu. 4.3 Auf Grund dieser Umstände steht fest, dass der Beschwerdeführer sich beim RAV nach Kompensationszahlungen bei einem Praktikum erkundigt hat. Die erhaltene Auskunft allein vermag jedoch keinen Vertrauensschutz auf behördliches Verhalten zu begründen, weil sie in jenem Zeitpunkt nicht in Kenntnis eines konkret in Aussicht stehenden Praktikums erfolgte. Sie bestärkte jedoch den Beschwerdeführer in seinem Bestreben, eine entsprechende Beschäftigung zu suchen. Der Berufsberater unterstützte die Absichten des Versicherten, woraus zu schliessen ist, dass er weder auf die Problematik der Anrechenbarkeit von Ausbildungstätigkeiten als Zwischenverdienst, noch auf die Möglichkeit, arbeitsmarktliche Massnahmen zu beantragen, aufmerksam gemacht worden ist. Hierüber hätte der Berufsberater jedoch den Beschwerdeführer in Anbetracht der

Rechtslage aufklären müssen. Nach dem Gesagten ist festzustellen, dass der Praktikumsbesuch auf eine unterlassene Information seitens der Verwaltung zurückzuführen ist, womit die erste Voraussetzung für die Annahme berechtigten Vertrauens auf behördliches Verhalten erfüllt ist. Ob der Berufsberater des RAV zuständigkeitshalber aufklärungspflichtig gewesen war, ist nicht weiter zu prüfen, da diese Frage dem Beschwerdeführer, wie die Vorinstanz zutreffend begründet hat, aus zureichenden Gründen nicht erkennbar war. Auch die weiteren drei Voraussetzungen liegen vor, weshalb dem Beschwerdeführer gestützt auf den Grundsatz von Treu und Glauben während der Absolvierung des Praktikums in der Klinik B. \_\_\_\_\_ ein Anspruch auf Differenzzahlungen im Sinne von Art. 24 AVIG zusteht (vgl. nicht veröffentlichtes Urteil I. vom 7. Oktober 1998, C 383/97). (...)" (cfr. STFA del 27 luglio 2005 nella causa F., C 308/02) 2.8. Nel caso concreto nel protocollo del colloquio d'orientamento del 5 aprile 2004 si legge che: " (...) inizia tris giugno 04 – comunica di aver ripreso il discorso parifica del suo diploma in ch. volevo interpellare m. \_\_\_\_\_ per evtl. stage a \_\_\_\_\_ ma la signora \_\_\_\_\_ sembra conoscere l'ass. e non la vuole in stage. allestito accordo obiettivi – avvisato ass. che dopo un certo no. di mesi dovrà cercare lavori fuori dal suo settore." (...)” (cfr. doc. XII/Bis, fascicolo 8) Nel “Verbale del colloquio di consulenza” del 12 luglio 2004, sottoscritto dall'assicurata, si legge che: " (...) avvisato la signora a svolgere le ricerche nel modo appreso al corso tris. deve allargare il raggio delle ricerche visto che non trova nel settore sanitario. chiede nuovamente riconoscimento tirocinio 6 mesi e formazione per ottenere riconoscimento diploma in ch. risposto negativamente e spiegato alla signora che durante i sei mesi di tirocinio non sarebbe comunque collocabile. deve perciò riflettere se iniziare lo stesso i sei mesi chiudendo comunque la diso. (...)” (cfr. doc. XII/Bis, fascicolo 8) Nel protocollo del colloquio d'orientamento del 22 settembre 2004 si legge che: " (...) l'ass insiste nuovamente sottoponendomi il suo desiderio di svolgere un mese di scuola a \_\_\_\_\_ e 6 mesi di pratica onde finalmente ottenere il diploma ch di infermiera. rivendica le id diso per tale periodo. le spiego che mi metterò in contatto con \_\_\_\_\_ per far valutare la sua richiesta ma che non sono molto fiduciosa in merito in quanto nessun ospedale o clinica sembra disposto a prenderla per stage (risposta \_\_\_\_\_ – ignoro i motivi). inserita pot al più presto possibile. (...)” (cfr. doc. XII/Bis, fascicolo 8) Con lettera del 23 settembre 2004, riferendosi al colloquio del giorno prima, l'assicurata ha chiesto alla sua collocatrice ancora un mese di tempo per cercare uno stage (cfr. doc. XII/Bis, fascicolo 8). Il 30 settembre 2004 l'assicurata ha scritto all'URC di \_\_\_\_\_ una lettera del seguente tenore: " (...) nel corso degli ultimi periodi, in particolare a motivo dei miei titoli di studio non parificati secondo le direttive Croce Rossa Svizzera (CRS), non riesco assolutamente a trovare impiego. Per tale motivo e allo scopo di evitare i conseguenti e continui periodi di disoccupazione ho ritenuto importante e necessario iscrivermi ai corsi (teorici e pratici) per l'ottenimento della suddetta parificazione. In tal senso mi permetto richiedere il vostro sostegno includendo nel periodo della disoccupazione i due mesi di scuola ed i sei mesi di pratica, nonché il costo dei corsi ammontanti rispettivamente a Fr. 1'300.-- e Fr. 600.-- (vedi giustificativo allegato). Intendo impegnarmi a fondo per affrontare questa nuova sfida, sicuramente ardua considerata l'oggettiva difficoltà, certamente a voi conosciuta, nel riprendere ad età matura un periodo formativo e di perfezionamento professionale. Come detto, è mia intenzione ottenere il duplice scopo di raggiungere le attuali esigenze in fatto di titoli di studio ed allontanarmi definitivamente dalla disoccupazione. (...)” (cfr. doc. XII/Bis, fascicolo 8) Nel protocollo del colloquio d'orientamento del 28 ottobre 2004 si legge che: " (...) ass. ha avuto tutto il

mese di ottobre per trovare posto stage, onde poter effettuare la pratica del suo diploma. a tutt'oggi non è riuscita (ndr.: a trovare) una struttura che le garantisca il periodo di pratica. cercherò di contattare nuovamente il sig. \_\_\_\_\_ per ulteriori info – ho chiesto alla signora cosa decide nel caso in cui non trovasse lo stage. mi conferma che rinuncerebbe alla formazione in quanto non è in grado economicamente di affrontarla senza diso. in caso negativo inserimento pot. (...)" (cfr. doc.XII/Bis, fascicolo 8) L'11 novembre 2004 l'assicurata ha scritto all'URC di \_\_\_\_\_ una lettera del seguente tenore: "(...) Comunico che a tutt'oggi, nonostante tutto il mio impegno profuso, non ho trovato alcuna possibilità per effettuare il periodo di stage. I signori \_\_\_\_\_ e \_\_\_\_\_ della Scuola Infermieristica propongono di iniziare comunque i corsi e di attendere, non appena vi sarà disponibilità, per procedere con il periodo di pratica lavorativa. A questo punto e considerata tale opzione ritengo opportuno effettuare il corso, sapendo che si tratta dell'ultima occasione per realizzare il mio obiettivo. Contemporaneamente, qualora fosse obbligatorio, effettuerò il POT da voi proposto nei giorni non impegnati con la scuola. Nella consapevolezza che la vostra Istituzione sostiene il miglioramento professionale e considerato che a giorni affronterò un duplice impegno, mi permetto dunque richiedervi il completo mantenimento dell'indennità di disoccupazione e di sostenere le spese di formazione e di trasferta (treno fino a Bellinzona). (...)" (cfr. doc. XII/Bis, fascicolo 8) Nel protocollo del colloquio d'orientamento del 18 novembre 2004 si legge che: "(...) cons. form. rich. corso ind. all'assicurata – consegna I formulari compilati entro lunedì prox. – comunicato e tradotto dal tedesco il contenuto del e-mail signora \_\_\_\_\_ crs. berna. ho inoltre avvisato l'ass. che probabilmente dovrò allestire una decisione negativa e che la cassa non potrà riconoscere le id per i giorni di corso. informato altrettanto che la situazione cambierà del tutto nel caso in cui lei dovesse trovare il posto stage – allora effettivamente si potrebbe riconoscere il corso. invitato nuovamente la signora a riflettere se in passato ci sono stati avvenimenti particolari o conflittuali in una qualche struttura, visto l'enorme difficoltà nel reperire lo stage. (...)" (cfr. doc. XII/Bis, fascicolo 8) Nei protocolli dei colloqui d'orientamento del 6 dicembre 2004, del 17 gennaio 2005 e del 22 febbraio 2005, si legge ancora che: "(...) ass. continua att. presso \_\_\_\_\_ pot e frequenta scuola. avv. che le perverrà decisione corso negativa. continua comunque a cercare un posto stage – avvisato la signora di informarci immediatamente nel caso in cui trovasse tale opportunità. (...)" (cfr. doc. XII/Bis, fascicolo 8) "(...) siamo ora in possesso contratto stage \_\_\_\_\_ . invitato ass a voler indirizzare due righe come opposizione per poter rivedere evtl. riconoscimento corso. (...)" (cfr. doc. XII/Bis, fascicolo 8) "(...) arrivato cm per inabilità fino a fine febbraio 05. avevo convocato ass. urgentemente per comunicare che deve continuare le ricerche e che da inizio 2005 non esiste più il diritto a rivendicare gi in caso di stage. comunicato il tutto telefonicamente all'ass. riconvocata per marzo. (...)" (cfr. doc. XII/Bis, fascicolo 8) Dalle risultanze appena esposte questo Tribunale osserva che: - l'assicurata ha chiaramente illustrato all'URC la sua intenzione oltre che i motivi che l'hanno spinta a cercare di ottenere la parificazione dei suoi titoli di studio conseguiti all'estero; - l'assicurata ha sempre rivendicato in ogni caso anche le indennità di disoccupazione specificando di non essere in grado economicamente di affrontare una formazione senza le stesse; - l'URC ha fornito all'assicurata delle informazioni riferendosi sia alle prestazioni riguardanti la "Richiesta di corsi individuali di riqualificazione e di perfezionamento" che alle indennità normali di disoccupazione; - sempre senza distinguere chiaramente tra le prestazioni richieste dall'assicurata l'URC le ha comunicato di avere dei dubbi sulle stesse visto che non trovava uno stage e che la situazione sarebbe cambiata nel

caso in cui lei ne avesse trovato uno; - l'URC ha dovuto specificare che con l'inizio dello stage il 1° gennaio 2005 l'assicurata non aveva diritto alle indennità di disoccupazione in base alle norme che regolano il guadagno intermedio. Di conseguenza, questo Tribunale deve concludere che l'assicurata ha iniziato il 1° gennaio 2005 lo stage presso la \_\_\_\_\_ (cfr. doc. B) solo perché dalle informazioni ottenute dalla sua collocatrice poteva ritenere che, avendo infine trovato il posto di stage, ella aveva diritto anche alle indennità normali di disoccupazione. Infatti, come già sopra evidenziato, nei protocolli dei colloqui d'orientamento del 22 settembre e del 18 novembre 2004, in particolare, si legge che: "(...) rivendica le id diso per tale periodo. le spiego che mi metterò in contatto con \_\_\_\_\_ per far valutare la sua richiesta ma che non sono molto fiduciosa in merito in quanto nessun ospedale o clinica sembra disposto a prenderla per stage (...)." e che "(...) ho inoltre avvisato l'ass. che probabilmente dovrò allestire una decisione negativa e che la cassa non potrà riconoscere le id per i giorni di corso. informato altrettanto che la situazione cambierà del tutto nel caso in cui lei dovesse trovare il posto stage – allora effettivamente si potrebbe riconoscere il corso. (...)." (cfr. doc. XII/Bis, fascicolo 8). In ogni caso mai l'URC ha detto all'assicurata che competente a appurare il diritto alle prestazioni è la cassa di disoccupazione e nemmeno l'ha invitata a rivolgersi a lei. Non solo, lo si ripete, nel protocollo del colloquio d'orientamento del 22 febbraio 2005, tra l'altro, si legge che: "(...) convocato ass. urgentemente per comunicare che deve continuare le ricerche e che da inizio 2005 non esiste più il diritto a rivendicare gi in caso di stage. (...)." (cfr. doc. XII/Bis, fascicolo 8). Ora, se effettivamente la collocatrice non avesse detto alcunché circa il diritto alle indennità di disoccupazione durante lo stage e avesse tempestivamente invitato l'assicurata a rivolgersi in merito alla sua cassa di disoccupazione una tale comunicazione non sarebbe stata necessaria. In simili circostanze, conformemente alla giurisprudenza federale citata (cfr. consid. 2.7), questo Tribunale deve ritenere che le condizioni poste per potersi appellare all'art. 9 Cost. fed. sono tutte realizzate. In particolare, anche se giusta l'art. 81 cpv. 1 lett. a LADI le casse appurano il diritto alle prestazioni nella misura in cui questo compito non è espressamente riservato a un altro ente, visto che l'art. 85 cpv. 1 lett. b LADI prevede che i servizi cantonali appurano il diritto alle prestazioni nella misura in cui tale compito è loro demandato dalla presente legge e che secondo l'art. 85b cpv. 1 LADI i cantoni istituiscono uffici regionali di collocamento, affidano loro compiti del servizio cantonale e possono affidare loro la procedura di annuncio prevista nell'art. 17 cpv. 2, l'assicurata aveva sufficienti motivi per ritenere che la sua collocatrice ha agito nei limiti delle sue competenze. Infatti, gli uffici regionali di collocamento, essendo in ogni caso degli organi di applicazione della LADI, mediante il rispetto delle prescrizioni di controllo da parte degli assicurati, possono verificare la loro idoneità al collocamento e se essi adempiono le condizioni del diritto all'assicurazione contro la disoccupazione. Del resto l'assicurata ha ricevuto delle informazioni dalla sua collocatrice dopo averle a più riprese comunicato la sua intenzione e i motivi che l'hanno spinta ad indirizzarsi verso una parificazione dei suoi titoli di studio esteri e precisato che, senza le indennità di disoccupazione, non sarebbe stata in grado economicamente di intraprendere detta strada. Pertanto, vista la sua buona fede, all'assicurata, durante il periodo in cui ha effettuato lo stage presso la \_\_\_\_\_, va riconosciuto il diritto alle indennità di disoccupazione in base alle norme che regolano il guadagno intermedio. Di conseguenza la decisione su opposizione impugnata va annullata e gli atti rinviati alla Cassa perché – appurato se il salario stabilito contrattualmente quale "Stageaire" (fr. 1'295.--lordi al mese; cfr. doc. B) è conforme allo stipendio versato ad una persona che svolge uno stage come quello della

ricorrente presso un istituto di cura e verificato se anche gli ulteriori presupposti necessari sono adempiuti – versi all'assicurata le indennità di disoccupazione che le spettano conformemente alle disposizioni che regolano il guadagno intermedio.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.